



Eine große Mehrheit der Bürger hält Kurzstreckenflüge für verzichtbar – wenn die Strecke in weniger als drei Stunden mit dem Zug zurückgelegt werden kann.
Walzberg/dpa

Mittwoch, 22. September 2021

Die Bürger sind bereit zum Verzicht

Von Birgit Marschall, Büro Berlin

Berlin. Vier Fünftel der Bürger ordnen dem Klimaschutz in einer aktuellen, repräsentativen Umfrage eine herausragende Bedeutung in den nächsten Jahren zu. 70 Prozent würden sogar Kurzstreckenflüge verbieten, wenn die Strecke in weniger als drei Stunden mit dem Zug zurückgelegt werden kann. In einer Frage gibt es zwischen Grünen- und FDP-Anhängern aber fundamentale Unterschiede.

80 Prozent der Bürger stimmten in einer aktuellen Umfrage „voll und ganz“ oder „eher“ dem Satz zu, dass es auf lange Sicht günstiger ist, die Wirtschaft schon heute klimafreundlicher umzubauen, als dies erst in ein paar Jahren zu tun. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Yougov im Auftrag des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor. Das Institut befragte zwischen dem 17. und 22. August 2000 repräsentativ ausgewählte Wahlberechtigte.

70 Prozent der Befragten teilten in der Umfrage die Ansicht, dass heute der Konsum eingeschränkt werden müsse, damit zukünftige Generationen noch so gut leben könnten wie die heutigen. Ebenfalls 70 Prozent sind zudem dafür, Kurzstreckenflüge zu verbieten, wenn die entsprechende Strecke in weniger als drei Stunden mit dem Zug zurückgelegt werden kann.

Jeweils eine große Mehrheit ist der Meinung, dass die Wirtschaft (71 Prozent), der Staat (64 Prozent) und die anderen Bürger (62 Prozent) zu wenig tun, um die Klimakrise zu bewältigen. „Lediglich das eigene Tun zur Bewältigung der Klimakrise sieht knapp die Hälfte der Befragten nicht kritisch“, heißt es im IW-Bericht zur Umfrage. Die Differenz zwischen Befragten, die das Handeln ihrer Mitbürger als besonders bedenklich empfänden, sich selbst aber weniger in die Pflicht nehmen wollten, habe über die Parteigrenzen hinweg Bestand. „Unter den Grünen ist der Blick auf alle Akteure besonders kritisch. Jeweils über 90 Prozent sind der Meinung, die Wirtschaft und der Staat würden zu wenig tun. Gleichzeitig gehen Grünen-Anhänger aber auch härter mit sich selbst ins Gericht: Zwei Drittel schätzen ihren persönlichen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise als zu gering ein – gegenüber einem Drittel unter den Anhängern beispielsweise der Union. Unter allen Bürgern findet etwa jeder Zweite, er tue zu wenig für den Klimaschutz.“

Schaut man nach den klimapolitischen Einstellungen und den Parteipräferenzen, zeige sich zudem das Konfliktpotenzial möglicher Koalitionsverhandlungen, schreibt das IW. Denn an einer künftigen Regierungskoalition dürften sehr wahrscheinlich die Grünen und die FDP beteiligt sein. Während jedoch die Grünen-Anhänger die höchsten Zustimmungswerte zu klimapolitischen Maßnahmen aufwiesen, sei dies bei FDP-Anhängern deutlich weniger ausgeprägt. Zwei Drittel der Grünen-Anhänger hielten in der Umfrage den Wegfall von Industriearbeitsplätzen durch mehr Klimaschutz für akzeptabel, während 65 Prozent der FDP-Anhänger dies ablehnten. Von allen Befragten wollen nur 38 Prozent den Verlust von Industriearbeitsplätzen für mehr Klimaschutz hinnehmen.

Überraschend viele Bürger, nämlich gut zwei Drittel, waren der Meinung, dass keine neuen Gesetze beschlossen werden sollten, die im Widerspruch zu allgemeinen Klimaschutzzielen stehen. Die entsprechende Forderung war von den Grünen erhoben worden. Mit Ausnahme von AfD-Anhängern findet ein Verbot von klimaschädlichen Gesetzen in allen Parteianhängerschaften eine Mehrheit.
(tra)